

Presseinformation

19. Februar 2009

Giftmüll nach Rheinland-Pfalz?

Falsch untersuchte Abfälle landen auf drei Standorten in Rheinland-Pfalz

BUND fordert konsequente Überwachung des Mülltourismus

Mainz. Nach Angaben von Greenpeace wurde mit Chemikalien verseuchtes Deponiematerial nach Rheinland-Pfalz transportiert und hier in Deponien eingebaut. Zuvor hatten die Fachbehörden in Baden-Württemberg die Einlagerung im eigenen Land verweigert. Der BUND Rheinland-Pfalz verlangt Aufklärung, wie es zu solchen Müllverschiebungen kommen kann. „Dieser Form von Mülltourismus muss ein Riegel vorgeschoben werden. Die Umweltministerin muss alles tun, damit unser Land nicht Importland von Giftmüll wird. Gefährlicher Abfall gehört nicht auf Hausmüll- oder Bauschuttdeponien“ fordert BUND-Landesvorsitzender Dr. Bernhard Braun.

In der von Greenpeace vorgelegten Studie wird präzise auf Probleme bei der Sanierung der Chemiemülldeponie Hirschacker des Roche-Konzerns eingegangen. Aus Kostengründen habe man die große Schadstoffvielfalt nicht ausreichend berücksichtigt und nur die hochflüchtigen Halogen-Kohlenwasserstoffverbindungen im ausgebaggerte Material untersucht. Dabei seien schwerflüchtige Verbindungen ausgeklammert worden. In der Deponie sei in größerem Umfang Hexachlorethan eingelagert. Bei dessen Zerfall entstehen hochgiftige andere Verbindungen. Außerdem sei bei der Deklaration von abzutransportierendem Material auf Haufwerkbeprobungen verzichtet und nur eine einfache Untersuchung per Augenschein und Geruch durchgeführt worden. Dabei wird übersehen, dass Hexachlorethan im Material enthalten sein kann.

Die Umweltbehörden in Baden-Württemberg hätten die Lagerung dieses unzureichend untersuchten und deklarierten Materials in ihrem Land abgelehnt. Daraufhin seien 17.229 Tonnen Bodenmaterial in andere Bundesländer, vor allem nach Rheinland-Pfalz transportiert worden. Es sei beim Bau des Golfplatzes in Budenheim (Mainz), bei der Rekultivierung der Deponie Kapiteltal (Kaiserslautern) und auf der Deponier Berg (Landkreis Germersheim) eingelagert worden sein.

Der BUND ist sehr verwundert darüber, dass trotz der vorgeschriebenen strengen Eingangskontrollen in großen Mengen und über einen längeren Zeitraum derart belastetes Material eingelagert worden sein soll. „Wir fragen uns, ob der fehlerhaften Deklaration aus Baden-Württemberg einfach geglaubt und keine eigenen Kontrollen vorgenommen wurden.“

Deshalb fordern das rheinland-pfälzische Umweltministerium auf, die Vorgänge zu überprüfen“, erklärt Dr. Bernhard Braun (BUND-Landesvorsitzender). „Es kann nicht angehen, dass die baden-

württembergische Behörden die Ablagerung verbieten und dann das Material einfach nur über die Landesgrenze weitertransportiert wird, nur um Geld für Analysen einzusparen."

Für Rückfragen:

Dr. Bernhard Braun, 0621 5294080 bzw. 0177-4638793

Dr. E. Manz 06131 62706-0 bzw. 0151 12273866